

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/120

Bonn, den 1. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2 a	<u>GESUNDHEIT ZUERST!</u>	140

Von Käthe Strobel,
Bundesminister für Gesundheitswesen

3	<u>Unser Nachbar liebt das Frankreich de Gaulles</u>	46
---	--	----

Nach dem zweiten Wahlgang

4	<u>"Politische Bildung"</u>	44
---	-----------------------------	----

Beachtliche Hinweise auf Wert und Zielsetzung
der politischen Bildungsarbeit

5 - 6	<u>Tito sorgte für Erfüllung der studentischen Forderungen</u>	54
-------	--	----

Schnelle Reaktion auf die Unruhen,
aber auch neue wirtschaftliche Probleme

Von Hans Peter Bullmann, Belgrad

* * *

G E S U N D H E I T Z U E R S T !

Von Kate Strobel,
Bundesminister für Gesundheitswesen

Die Absicht des Bundesministers für Gesundheitswesen, im Bereich der Gesundheitsvorsorge für die Bürger unseres Staates bessere Voraussetzungen und mehr Möglichkeiten zu schaffen für die Erhaltung der Gesundheit, die Früherkennung von Krankheiten und ihre rechtzeitige Behandlung ist im Deutschen Bundestag bei Abgeordneten der CDU, der CSU und der FDP auf heftige Kritik gestoßen. Auch der Deutsche Ärztetag und die berufsständische Vertretung der Ärzte wollen offensichtlich nicht, daß vom Bundesministerium für Gesundheitswesen gesetzliche und organisatorische Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge ergriffen werden.

Es ist nicht meine Sache, die Motive für diese Ablehnung zu untersuchen. Der Versuch, durch Unterstellungen, wie "Drang zur Perfektionismus", "Sie sprechen von Vorsorge und meinen Institutionen", "Trend zur Staatsmedizin", einen falschen Eindruck von den wahren Absichten des sozialdemokratischen Gesundheitsministers zu erwecken, war offensichtlich.

Für den Streit um Zuständigkeiten hat der einzelne Mensch, wenn es um seine Gesundheit geht, sicher kein Verständnis. Er erwartet vom Bundesgesundheitsminister eine Politik, die seine Gesundheit schützt und Gesundheitsvorsorge auch über die eigene Gesundheitspflege und gesunde Lebensweise hinaus, z.B. durch Vorsorgeberatung und Vorsorgeuntersuchungen zur Erkennung der heute weit verbreiteten Krankheiten auch für den Bürger mit schmalen Geldbeutel und seine Kinder möglich macht. Die These "überläßt das alles der gesetzlichen Krankenversicherung" verlagert das Problem, löst es aber zunächst nicht. Die Behauptung "Vorsorgeuntersuchungen kann sich heute ohne weiteres jeder unterziehen", mag manches Gewissen beruhigen, m e i n e s nicht.

Die Sozialdemokraten haben schon immer gefordert, daß die Gesundheitsvorsorge ausgebaut wird:

- * "Wirksame Methoden der Gesundheitsvorsorge für den einzelnen sind zu entwickeln". (Godesberger Programm)
- * "Gesunderhaltung, Ausschaltung gesundheitsschädlicher Lebensbedingungen und Krankheitsverhütung müssen in der Gesundheitspolitik ihren vorrangigen Platz haben". (Gesundheitspolitische Leitsätze der SPD).
- * "Gesundheitsvorsorge, Sicherung der Früherkennung und Frühbehandlung von Krankheiten sind zur vornehmlichen Aufgabe der Gesundheitspolitik geworden." (Sozialdemokratische Perspektiven).

Für mich war es selbstverständlich, daß ein sozialdemokratischer Gesundheitsminister sich auch auf Bundesebene um die Erfüllung dieser für die Gesundheit der Menschen besonders wichtigen Forderungen kümmern muß.

Immer war dabei klar, daß durch gesetzliche und organisatorische

Maßnahmen und selbstverständlich durch wissenschaftliche Forschung nur die Voraussetzungen für eine immer breiter und tiefer werdende Gesundheitsvorsorge geschaffen werden können, während die Durchführung (Vorsorgeberatung, feinere Diagnostik, Therapie) eine Hauptaufgabe der praktizierenden Ärzte sein muß.

Ganz sicher haben Länder und Gemeinden in den vergangenen Jahren, wenn auch unterschiedlich in Ausmaß und Intensität und gelegentlich auch mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden, sich bemüht, ihren Bürgern soweit wie möglich Gesundheitsvorsorge zu sichern. Analysiert man aber einmal die insoweit geforderten Vorsorgemöglichkeiten in den einzelnen Ländern, so ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild. Damit ergeben sich auch sehr unterschiedliche Chancen für den einzelnen Bürger.

Andererseits kennt unsere Verfassung den Grundsatz der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes hinaus. Das soll keine öde Gleichmacherei sein, sondern für jeden Bürger ein Minimum an gleichen Lebenschancen bei der Erhaltung oder Wiederherstellung seiner Gesundheit bringen. Das entbindet natürlich den einzelnen nicht von seiner Pflicht, in eigener Verantwortung für seine Gesundheit und Leistungsfähigkeit selbst zu sorgen.

Aber ebenso unbestritten ist, daß der Staat - und das sind Bund und Länder gemeinsam in ihrer Verantwortung für die allgemeine Daseinsvorsorge - die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen muß.

Eine besonders wichtige Aufgabe der Gesundheitspolitik von heute und morgen ist die Sicherung der Gesundheitshilfe für das Kind. Es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß die Ärzteschaft, die wiederholt auf die Notwendigkeit präventiv-medizinischer Betreuung der Kleinkinder hingewiesen hat, auf dem diesjährigen Ärztetag ein detailliertes Programm periodischer Vorsorgeuntersuchungen der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Auch ich halte die organisatorische und finanzielle Sicherung derartiger Untersuchungen für alle Kinder für unerlässlich. Vorsorgeuntersuchungen allein genügen aber nicht. Es ist eine Reihe von weiteren organisatorischen Maßnahmen notwendig, um von der Geburt und den ersten Stunden nach der Geburt ab, dem risikoreichsten Lebensabschnitt, bis zur Schulaufnahme eine gesunde Entwicklung des Kindes sicherzustellen.

Maßnahmen zur Gesunderhaltung und zur Früherkennung von Krankheiten sind indes nicht nur beim Kind, sondern auch beim Jugendlichen und Erwachsenen notwendig. Vor Jahren ist unter dem besonderen Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes dieser Notwendigkeit durch Einführung der Jugendarbeitsschutzuntersuchungen Rechnung getragen worden.

Heute bedarf z.B. die Gesundheitshilfe für psychisch Kranke in der Bundesrepublik dringend eines raschen Ausbaues. Durch frühzeitige

Erkennung und Sicherstellung moderner Behandlungsmethoden und eine verbesserte Wiedereingliederung bereits Erkrankter müssen die Chancen, die die moderne Psychiatrie gibt, überall zur Anwendung kommen.

Jede Gesundheitsvorsorge erfordert zunächst die Mitwirkung des Patienten selbst und seines Arztes. Es ist Aufgabe des Staates, dabei die äußeren Voraussetzungen zu schaffen, daß das, was medizinisch notwendig und möglich ist, auch organisatorisch und finanziell möglich gemacht und gesichert wird, um für eine möglichst schnelle Umsetzung wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse in die Praxis der Gesundheitsvorsorge bemüht zu sein.

Darf man aber nun davon ausgehen, daß das Bemühen, diese diagnostischen Möglichkeiten allen Bundesbürgern zu sichern, als "Trend zur Staatsmedizin" zu werten ist? Verrät ein solches Programm moderner Gesundheitsvorsorge einen "Drang zum staatlichen Perfektionismus"? Kann man wirklich ernstlich behaupten, daß sich hier Tendenzen zur Sozialisierung der Medizin aufzeigen? Damit werden doch dem Arzt nicht Aufgaben abgenommen, das Gegenteil ist der Fall. Die diagnostische Palette der freien Praxis - des Allgemeinarztes wie des Facharztes - wird dadurch ergänzt und verbreitert.

Ebenso wenig sind die der Abteilung "Erforschung von Umweltschäden und Zivilisationskrankheiten" beim Bundesgesundheitsamt in Auftrag gegebenen Filteruntersuchungen als Eingriff in die freie ärztliche Praxis anzusehen. Die im Aufbau befindliche wissenschaftliche Abteilung zur Erforschung der Umweltschäden und Zivilisationskrankheiten hat u.a. auch die Aufgabe, moderne Untersuchungsmethoden zu erarbeiten, mit denen es möglich ist, krankhafte Störungen und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, zumindest Verdachtsmomente für solche Störungen zu finden, die dann in einer eingehenden ärztlichen Untersuchung erhärtet oder ausgeräumt werden müssen. Durch Verwendung automatisierter Laboruntersuchungen und elektronischer Befundverarbeitung ist es nach den Erfahrungen im Ausland - und seit dem letzten Jahre in gewissem Umfange auch in der Bundesrepublik - möglich, insbesondere beginnenden chronischen Erkrankungen eher auf die Spur zu kommen. Diese wissenschaftliche Abteilung im Bundesgesundheitsamt soll für diese neue moderne Aufgabe der Gesundheitsvorsorge ein Modell entwickeln, die Methodik erarbeiten und Erfahrungen sammeln, in welcher Form diese jüngste Entwicklung der medizinisch-diagnostischen Technik der Ärzteschaft zur Verfügung gestellt werden kann.

Ist das, muß man fragen, Ausdruck eines "Trends zur Staatsmedizin", der den Grundsätzen einer Gesundheitspolitik in Freiheit widerspricht? Muß nicht vielmehr der Staat sämtliche Erkenntnismöglichkeiten zur Verbesserung der Diagnostik, vor allem der Frühdiagnostik, fördern und nutzbar machen? Und ist nicht gerade eine solche Förderung die besondere Aufgabe einer progressiven Gesundheitspolitik, deren Weiterentwicklung die Heilberufe immer wieder gefordert haben, wobei sie ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß die Kompetenzen des Bundes auf diesem Gebiet "bekanntlich im Grundgesetz der Bundesrepublik lockerer verankert sind, als dies den begründeten Wünschen und Forderungen der Heilberufe... entspricht".

(Zitat aus "Deutsches Ärzteblatt" Nr. 43, 1961, S. 24/29).

Unser Nachbar bleibt das Frankreich de Gaulles

Nach dem zweiten Wahlgang

G.M.- Wie allgemein vorausgesagt, haben die französischen Wähler den Gaullisten oder, besser gesagt, Staatspräsident de Gaulle mit überwältigender Mehrheit den Auftrag erteilt, die Regierungsgeschäfte weiterhin zu führen. Die Linke und die demokratischen Gruppen der Mitte sind weit abgeschlagen worden. Ihre Mandatszahl wurde um fast 50 Prozent verringert, was nicht bedeutet, daß ihr S t i m m e nanteil ebenso dezimiert wurde, wie die Zahl ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung. In zahlreichen Wahlbezirken wurde der linke Kandidat von dem gaullistischen Kandidaten mit geringer Mehrheit geschlagen. Der frühere Ministerpräsident Mendes-France z.B. unterlag in Grenoble seinem gaullistischen Gegner mit nur 141 Stimmen Rückstand!

Für die weitere politische Entwicklung in Frankreich bedeutet das Wahlergebnis, daß die Gaullisten in der Nationalversammlung jetzt eigentlich alles ungehindert tun können, was der Staatspräsident und seine Kandidaten im Wahlkampf versprochen haben: Die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen, das Mitspracherecht in den Betrieben, die Hochschulreform und vieles anderes mehr, was Anfang Mai Arbeiter und Studenten bei den großen Unruhen und Streiks gefordert haben. Im Interesse der Stabilisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Frankreich kann man nur wünschen, daß die Sieger dieser Wahl ihre Versprechen in die Tat umsetzen.

In der Bundesrepublik interessiert man sich jetzt natürlich vor allem für die Frage, welche Außenpolitik de Gaulle in Zukunft zu machen gedenkt. Wird er noch stärker als bisher die Erweiterung der EWG blockieren, wird er sich in den Fragen der gemeinsamen Verteidigung des Westens weiterhin so zurückhalten wie bisher? Es gibt nicht wenige Beobachter der politischen Bühne in Frankreich, die von den Siegern dieser Wahl erwarten, daß sie jetzt noch härter als zuvor den Kurs der französischen Außenpolitik in Richtung auf ein i n j e d e r Beziehung selbständig handelndes Frankreich steuern werden.

Am 11. Juli tritt die neugewählte Nationalversammlung zum erstenmal zusammen. An diesen Tage wird man wohl erfahren, welche Absichten de Gaulle hat. Die parlamentarische Opposition, auf deren Meinung die Gaullisten nach Erreichung der absoluten Mehrheit kaum angewiesen sind, wird an den in der kommenden Regierungserklärung hoffentlich sichtbar werdenden Plänen nicht viel ändern können. Es könnte aber sein, daß sich jetzt in Frankreich die ausserparlamentarische Opposition neu formiert und unter Berufung auf ihren S t i m m e nanteil bei der letzten Wahl die französische Innenpolitik in Bewegung bringt. Wenn jedoch de Gaulle wenigstens einen Teil seiner Versprechungen wahrmacht, wird die außerparlamentarische Opposition kaum Gelegenheit haben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Wie dem auch sei - unser großer Nachbar im Westen bleibt zunächst das Frankreich de Gaulles.

"Politische Bildung"

Beachtliche Hinweise auf Wert und Zielsetzung der politischen Bildungsarbeit

sp - Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat auf einer Arbeitstagung Kritik, Unruhe und politisches Engagement eines wachsenden Teils der Jugend als ein Zeichen dafür begrüßt, daß die oft beklagte politische Lethargie der jungen Generation schwindet. Er unterstützt den in dieser Bewegung sichtbaren Willen zur Veränderung unserer politisch-sozialen Wirklichkeit im Sinne der im Grundgesetz festgelegten Grundrechte. Zugleich wendet er sich entschieden gegen alle Versuche, die demokratische Grundlage, von der aus sich Kritik und Unruhe ausdrücken können, in Frage zu stellen oder gar aufzugeben.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten stellt zu der in diesem Zusammenhang von manchen Seiten geäußerten Kritik an der politischen Bildungsarbeit fest:

- 1) Politische Bildung soll nicht bloße Integration der jungen und erwachsenen Bürger in die bestehende Gesellschaft erreichen, sondern selbst auf stete Veränderung der Gesellschaft hinwirken.
- 2) Politische Bildung geht von der Erkenntnis aus, daß politisch-sozialer Wandel nicht nur unvermeidbar und objektiv voraussehbar, sondern im Sinne bewußter Gestaltung der Zukunft erwünscht ist.
- 3) Politische Bildung soll nicht zur Verschleierung oder Unterdrückung von gesellschaftspolitischen Konflikten beitragen, sondern zu ihrer Austragung mit Hilfe rationaler Analysen und darauf gegründeter Zukunftsentwürfe.
- 4) Politische Bildung begründet sich darum auf die kritische Reflexion der Politik und der Gesellschaft überhaupt.
- 5) Politische Bildung soll zum eigenen Urteil fähig machen und kann deshalb nicht wertneutral betrieben werden, sondern muß sich auf die Anerkennung der die Demokratie tragenden Normen gründen, zu welchen die Offenheit gegenüber verschiedenartigen Auffassungen gehört.

In der politischen Bildungsarbeit werden diese Grundsätze vielfach vernachlässigt. Darin liegt eine der Ursachen dafür, daß viele junge Menschen undurchdachten Parolen folgen, dem Widerstreit zwischen Ideal und Wirklichkeit nicht gewachsen sind und schließlich im bloßen Aktivismus oder in enttäuschter Abwendung von der Politik enden.

Es liegt deshalb im Interesse der demokratischen Entwicklung - so stellt der Arbeitskreis fest - verstärkt eine politische Bildungsarbeit mit Erwachsenen und Jugendlichen zu fördern, welche die Arbeit der traditionellen Bildungseinrichtungen ergänzt oder korrigiert, indem die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit geübt wird und utopische Vorstellungen in real begründete Zukunftsentwürfe verwandelt werden.

Tito sorgte für Erfüllung der studentischen Forderungen

Schnelle Reaktion auf die Unruhen,
aber auch neue wirtschaftliche Probleme

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Studentenunruhen in Jugoslawien begannen am Abend des 2. Juni und erreichten in der Nacht auf den dritten ihren blutigen Höhepunkt. Bereits am 5. trat unter Leitung von Ministerpräsident Mika Spiljak die jugoslawische Regierung in Belgrad zusammen, und am 9. Juni um 20 Uhr beendete Marschall Tito durch eine Rede über Rundfunk und Fernsehen den Aufstand der Studiker. Im Verlauf dieser Tage gab es kein einziges Todesopfer; die Zahl der Verletzten liegt unter 200, von denen sich nur noch zwei in ärztlicher Behandlung finden; der materielle Schaden kann als gering bezeichnet werden. Zwar wurden Armee, Polizei und Geheimpolizei in Einsatz gebracht, aber nicht ihnen und schon gar nicht der anfänglichen scharfen Kritik in der kommunistischen Presse gegen die Studenten ist der schnelle Friede im Lande zu verdanken, der nun vollständig wiederhergestellt ist.

Die Regierung kam den Studenten vielmehr mit einer Reihe von Zusagen entgegen, die nun nur noch durch entsprechende parlamentarische oder administrative Beschlüsse bestätigt werden müssen.

Den Studenten selbst wurde die Selbstverwaltung in ihren Heimen und Restaurants sowie teilweise auch in den Universitäten zugesagt; in Zukunft werden alle jugoslawischen Studenten sozialversichert sein, was vor allem für die Jungen vom Lande, deren Eltern einen kärglichen Landbesitz ihr Eigen nennen, eine Erleichterung bedeutet. Jene Studenten, die Kredite aufgenommen haben, zu deren Rückzahlung sie bisher verpflichtet waren, können sich ab jetzt von dieser Auflage befreien, wenn sie gute Studienergebnisse vorweisen können, und die jugoslawische Betriebsverwaltung wird veranlaßt, mehr Studenten als bisher zu stipendieren.

Um den rund 70.000 arbeitslosen Ingenieuren und anderen hochqualifizierten Fachkräften leichteren Zugang zu Arbeitsplätzen zu verschaffen, hat die Regierung einen Sonderhaushalt beschlossen, der unter anderem Investitionen in Höhe von rund 1,5 Mrd. DM für die Modernisierung des Eisenbahnwesens, 0,5 Mrd. DM für die Automatisierung des Telegraphen- und Fernsprechnetzes sowie der anderen postalischen Dienste und 0,4 Mrd. DM für den Bau von Wohnungen und Kindergärten vorsieht. Den Betrieben soll verboten werden, wie bisher Honorararbeiter zu beschäftigen, die allein in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad innerhalb eines Jahres rund 55 Mio. DM Sondereinnahmen verbuchen konnten, die indirekt dem Heer der insgesamt 344.000 jugoslawischen Arbeitslosen verloren gingen. Auch den Beziehern von Renten soll jede Nebenbeschäftigung untersagt werden, um auf diese Weise zu neuen Arbeitsplätzen zu kommen. Jeder kleine Betrieb soll verpflichtet werden, auf je 30 Arbeiter einen Lehrling anzustellen, jeder größere einen auf je 50 Arbeiter und Angestellte. Ab 1. Juli sollen außerdem die jugoslawischen Arbeiter einen Tagesverdienst opfern, um der Massen-Arbeitslosigkeit wenigstens sozial entgegenzutreten.

Die Mindestgehälter sollen in ganz Jugoslawien auf umgerechnet 100 DM monatlich angehoben werden, wovon nur 33.900 Arbeiter oder 2,5 Prozent der Gesamtbeschäftigten betroffen würden, doch in der kroatischen Hauptstadt Zagreb ist man inzwischen schon weitergegangen und hat das Mindestlimit auf 50.000 alte Dinar oder umgerechnet 170 DM festgesetzt, was, auf ganz Jugoslawien übertragen, bereits 339.000 Arbeiter und Angestellte oder 25 Prozent der Gesamtbeschäftigten betreffen würde. Gleichzeitig sollen die hohen Einkommen, die nicht aus persönlicher Arbeit stammen, stark beschnitten werden. Das betrifft vor allem die privaten Handwerker und Gastwirte, die in Zukunft erstens eine fachliche Ausbildung nachweisen müssen, um überhaupt die Gewerbeerlaubnis zu haben, die außerdem ihren Betrieb nur am Wohnsitz haben dürfen und nicht mehr wie bisher, in verschiedenen Gemeinden - und mit verschiedenen Konten - operieren dürften, und schließlich auch zur Aufnahme von Lehrlingen gezwungen werden können.

Die privaten Fuhrwerker, die in letzten Jahr bereits mehr Waren über die jugoslawischen Landstraßen rollten als die staatlichen Eisenbahnen über die Schienen, dürfen ihre Autos nur mehr selbst kutschieren, und wer einen Wagen einführen will, muß in Zukunft um 4 Prozent höhere Zölle zahlen, obgleich sich die Zolllast bereits bisher auf rund 50 Prozent des Wagenneuwertes belief. Die gelegentlich tatsächlich sehr hohen Sondereinkommen solcher Bevölkerungsschichten wurden vor allem in Villen und Wochenhäusern am Meer angelegt, wodurch sich weitere Verdienstmöglichkeiten ergaben. In der Saison vermietete man diese zweiten Wohnsitze an Fremde - meist, ohne Steuern oder Kurtaxen zu zahlen. Auch das soll in Zukunft verboten sein.

Das Paket an Maßnahmen ist also umfangreich. Es entspricht dem sozialrevolutionären Charakter der Forderungen, die die Studenten aufgestellt hatten. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die Sozialleistungen, die nun zusätzlich erbracht werden müssen, in keinem finanziellen Verhältnis stehen zu den zusätzlichen Einkommen aufgrund höherer Besteuerungen, zusätzlicher Zölle und aufgestockter Preise für kommunale Dienstleistungen, alkoholische Getränke und andere Luxusgüter. Die Frage stellt sich, ob die Studentenbewegung nicht die jugoslawische Wirtschaftsreform ernsthaft in Schwierigkeiten gebracht hat, die doch vollkommen entgegengesetzt auf Rationalisierung der Arbeit, Einführung des Gewinnprinzips und Einschränkung der Investitionen ausgerichtet ist.

+ + +